



MÜHLACKER TAGBLATT

heute

Informationen, Hintergründe, Meinungen

Donnerstag 11. Dezember 2025

77. Jahrgang Nr. 286, E 4984 A

2,50 €

Persönlich erstellt für: Nadine Blacha-Werner

Enzkreis

Bittere Pille: Das Defizit der Enzkreis-Kliniken in Mühlacker und Neuenbürg schnell auf 20,3 Millionen Euro in die Höhe

► Seite 9

Maulbronn



Foto: Becker

Im kürzlich abgelassenen „Tiefen See“ befindet sich wieder Wasser. Wir verraten die Hintergründe und zeichnen ein Stimmungsbild

► Seiten 7 und 12

Pforzheim/Illingen

Ein Einbrecher, der nachts eine Hausbesitzerin in Illingen erschreckt, muss für ein Jahr und zehn Monate ins Gefängnis

► Seite 7

Mühlacker

Rückzug der Stadt: Der Verein „Aktivspielplatz Räuberbande“ stoppt die Planungen für einen Naturkindergarten in Mühlhausen

► Seite 12

Mühlacker



Foto: Archiv

Haushaltsmisere: Die LMU zieht ihren Antrag für einen Kauf des Sendergeländes auf Raten am Ende wieder zurück

► Seite 10

Börse

Dax	Euro-Stoxx 50	Euro
24130,14 Pkt.	5701,73 Pkt.	1,1634 Dollar
-32,51 Pkt.	-16,59 Pkt.	-0,03 Cent

Wetter



Mittags 10° | Nachts 5°

Der Himmel bleibt meist bedeckt, weitgehend ist es trocken

Abstiegsangst im Autoland

BaWü-Check Fast die Hälfte der Menschen im Land fürchten, dass Stuttgart ein zweites Detroit werden könnte.

Die Sparprogramme etwa in der Automobilindustrie lösen im Land Sorgen aus.

VON ANNIKA GRAH, RAINER PÖRTNER UND MATTHIAS SCHIERMEYER

STUTTGART. Die angespannte wirtschaftliche Lage der Industrie im Südwesten löst bei vielen Menschen im Land Abstiegssorgen aus. 28 Prozent der Befragten im aktuellen BaWü-Check befürchten, dass es ihnen in fünf Jahren wirtschaftlich schlechter gehen wird als heute. Etwa 34 Prozent glauben, dass sich nichts ändert. Lediglich 22 Prozent halten eine persönliche Verbesserung für möglich. Das ist das Ergebnis des aktuellen BaWü-Checks, einer Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen.

Die nicht abbreißenden Hiobsbotschaften der Automobilhersteller, ihrer Zulieferer und der Maschinenbauer verstärken damit die Krisenstimmung der Menschen. Selbst der erfolgsverwöhnte Luxusautohersteller Porsche droht seit voriger Woche mit einem umfangrei-

Erwartungen der Befragten

Glauben Sie, dass es Ihnen in fünf Jahren wirtschaftlich besser gehen wird als heute?

unmöglich zu sagen 16%
ja, das glaube ich 22%
nein, schlechter 28%
wird gleich bleiben 34%

Grafik: Krause
Quelle: ifd-Allensbach

chen Sparpaket. Die Bosch-Belegschaft muss betriebsbedingte Kündigungen fürchten, wenn 2027 das Jobsicherungsprogramm endet. Jüngste Schreckensnachricht ist der Abbau von bis zu 2500 Stellen bei Voith. Die Wirtschaftsflaute wirkt sich auch auf andere Branchen aus: Das Statistische Landesamt dürfte in diesem Jahr voraussichtlich die höchste Zahl an Insolvenzen seit 2009 verzeichnen; besonders betroffen sind Bau, Handel, Gastgewerbe und freie Berufe.

Der gute Ruf der Autoindustrie als jahrzehntelanger Wohlstandsgarant ist ramponiert: 57 Prozent der Befragten im BaWü-Check gaben an, dass sie die Situation der Branche stark oder sehr stark beunruhigt. 45 Prozent treibt die Sorge um, dass der Region Stuttgart ein ähnlicher Niedergang droht wie der US-Autostadt Detroit. An die Landesregierung adressiert wünscht sich die große Mehrheit mehr Einsatz für den Wirtschaftsstandort. Alle großen Parteien haben das Thema Wirtschaft und Wohlstandssicherung vor der Landtagswahl am 8. März 2026 ganz oben auf ihrer Agenda.

Die Außensicht ist dagegen deutlich weniger pessimistisch: Der EVP-Fraktionsvorsitzende im Europarlament, Manfred Weber, sieht Baden-Württemberg und Bayern als Vorbilder beim Thema Innovation. „Der Süden ist Innovationsmotor in Deutschland. Diesen Spirit brauchen wir für ganz Europa“, sagte der CSU-Politiker unserer Zeitung. Der Vorstand der EVP-Fraktion tagt zurzeit in Heidelberg und fordert eine Innovationsoffensive in der EU.

Leitartikel

Ex-Manager Willi Weber in Villa überfallen

Drei Täter rauben den früheren Vertrauten von Formel-1-Weltmeister Schumacher in Stuttgart aus.

STUTTGART. Der frühere Formel-1-Manager Willi Weber (83) ist in seiner Stuttgarter Villa überfallen und ausgeraubt worden. Das bestätigte einer seiner Mitarbeiter gegenüber unserer Zeitung. Drei Männer seien am Dienstagabend ins Haus im Wohngebiet Kräherwald eingedrungen. Auch seine Frau und eine Haushälterin seien da gewesen, als er gefesselt worden sei, sagte der langjährige Manager von Formel 1-Weltmeister Michael Schumacher der „Bild“-Zeitung.

„Ich stehe noch völlig unter Schock. Es geht mir sehr schlecht“, berichtet Weber unserer Zeitung. Er habe mehrere seiner Tresore öffnen müssen. Die Täter hätten Uhren, Bargeld und Schmuck erbeutet. Der Schaden beträgt nach Webers Einschätzung rund eine Million Euro. *red/dpa*

Kommentar

Ein geschickter Schachzug Selenskyjs

Der ukrainische Präsident zeigt sich für Neuwahlen offen. Es handelt sich wohl um ein taktisches Manöver.

VON GUIDO BOHSEM

Wahltag sind die Feiertage der Demokratie. Der Souverän spricht und entscheidet über den Kurs des Landes. Wenn also die Bürger eines Staates eine neue Regierung wählen oder ein neues Oberhaupt, muss das würdig und korrekt ablaufen. Dass das in der Ukraine nicht ohne Einschränkungen gelingen kann, ist offenkundig. Was ist mit den Wählern in den russisch besetzten Gebieten? Was ist mit den Wählern in den umkämpften Frontstädten? Bleiben die außen vor oder werden sie einbezogen? Wie verhindert man, dass die russische Armee gezielt Wahllokale ins Visier nimmt?

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj weiß sehr genau, dass die Verfassung ihm das Recht gibt, Wahlen in Kriegszeiten zu verschieben, und er weiß auch, welche Probleme es seinem Land derzeit bereiten würde, sie trotzdem abzuhalten. Man kann seine Ankündigung also getrost als taktisches Manöver deuten, mit dem er den Ball an US-Präsident Donald Trump zurückschleudert, der die Forderung nach Neuwahlen beständig wiederholt. Das wird Selenskyj und seinem Land eine Atempause verschaffen, mehr aber auch nicht. Tatsächlich wären Neuwahlen nach den Korruptionsvorwürfen dringend nötig. Würde Selenskyj sie gewinnen, hätte er ein unbestreitbares Mandat, sein Land in die nächste Phase des Krieges zu führen. Er könnte so die Ukrainer besser auf die schmerzhaften Zugeständnisse vorbereiten, die ein Friedensschluss bringen wird.

Riester-Verträge: einseitige Klausel nicht rechtens

Eine bestimmte Klausel benachteiligt Kunden, findet der Bundesgerichtshof – von dem Urteil geht ein Signal aus.

KARLSRUHE. Im Streit über bestimmte Riester-Verträge hat der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe zugunsten der Kunden entschieden. Eine Versicherung darf den Rentenfaktor in einer fondsgebundenen Riester-Rentenversicherung demnach in schlechten Phasen nicht senken, wenn nicht gleichzeitig vorgesehen ist, dass er in besseren Zeiten wieder steigt. Ein zentrales Problem, befindet der BGH. Das Urteil dürfte Signalwirkung haben – Verbraucherschützern zufolge sind solche Klauseln weit verbreitet. (Az. IV ZR 34/25)

Mit der Riester-Rente fördert der Staat seit 2002 den Aufbau einer privaten Altersvorsorge. Vor dem BGH ging es um fondsgebundene Riester-Rentenversicherungen. Das bedeutet, dass ein Teil der Beiträge in Investmentfonds angelegt wird. *AFP*

Ukraine: Selenskyj erklärt sich zu Wahlen bereit

Der Präsident des von Russland angegriffenen Landes reagiert unerwartet auf Trumps Drängen, fordert aber Sicherheitsgarantien.

ROM/KIEW/BERLIN. Nach Kritik von US-Präsident Donald Trump hatte sich der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj grundsätzlich zu Neuwahlen bereit erklärt – trotz der Kriegszeiten. „Ich bin bereit für Wahlen“, sagte Selenskyj. Er betonte aber ebenfalls, dass die Organisation von Wahlen von der Sicherheitslage in der Ukraine abhängt. Der Vorwurf, dass der Krieg mit Russland nicht ende, weil er sich ans Präsidentenamt klammere und die Macht nicht abgeben wolle, sei falsch. Er werde die Abgeordneten jedoch darum bitten, „Vorschläge zur Möglichkeit einer Änderung der gesetzlichen Grundlagen und des Wahlgesetzes während des Kriegsrechts“ auszuarbeiten.

Er sei auch während des laufenden Krieges zu Wahlen innerhalb von 60 bis 90 Tagen bereit, sagte Selenskyj – aber nur, wenn die USA und Europa die Sicherheit des Landes gewährleisten, also Schutz vor künftigen Ag-

gressionen Russlands garantieren. Trump hatte die Ukraine zu Neuwahlen gedrängt.

Vor diesem Hintergrund kommen Vertreter der Koalition der Willigen heute in einer Videokonferenz zusammen. Bei dem virtuellen Treffen unter Vorsitz von Frankreich und Großbritannien soll es in erster Linie um die Sicherheitsgarantien für die Ukraine und den US-Beitrag gehen. Zur Koalition der Willigen zur Unterstützung der Ukraine zählen etwa 30 überwiegend europäische Länder.

Indes hält der frühere ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, Wahlen in seinem Land ohne eine Waffenruhe für unrealistisch. Er könne sich nicht vorstellen, dass Wahlen abgehalten werden, während die Ukraine „jeden Tag und vor allem jede Nacht“ mit Raketen und Drohnen angegriffen werde, so Melnyk. Eine Waffenruhe sei „das Gebot der Stunde“. *dpa/AFP/red*

Museumsdirektor Peter Beye gestorben

STUTTGART. Der international renommierte Kunsthistoriker Peter Beye, 1969 bis 1994 Direktor der Staatsgalerie Stuttgart, ist tot. Dies bestätigte das direkte Umfeld des 1932 in Berlin Geborenen unserer Zeitung. Beye starb demnach am Montag im Alter von 93 Jahren in Stuttgart.

In seine Zeit als Direktor der Staatsgalerie Stuttgart fallen die Erweiterung des Museums durch die 1984 eröffnete Neue Staatsgalerie des britischen Architekten James Stirling sowie international gewichtige Ankäufe für die Sammlung etwa von Barnett Newman, Oskar Schlemmer und Joseph Beuys. „Er hat eine Ära geprägt“, sagte Christiane Lange, Direktorin der Staatsgalerie Stuttgart, in einer ersten Reaktion. *nfb*

